

# CVP hält Krisengipfel zum Lädelersterben ab

Experten aus dem Detailhandel und die Politik suchen nach Rezepten gegen den Vormarsch von Amazon und Co.

Von Christian Keller

**Liestal.** Wenn es eine Botschaft gab, die am hochkarätigen Wirtschaftsforum der CVP Baselland zur Zukunft der Dorfkerne mehrfach unterstrichen wurde, dann diese: Man solle in der Digitalisierung und den damit verbundenen Umwälzungen eine Chance sehen und keinesfalls in den Jammermodus verfallen. CVP-Vorstandsmitglied und Retail-Experte Thomas Bretscher forderte das Publikum im Liestaler Hotel Guggenheim, darunter viele Gemeindevertreter, zu einer positiven Grundhaltung auf: «Bitte haben Sie eine Vision, wie Ihr Dorfkerne in Zukunft aussehen soll. Legen Sie Ihre Kraft darauf, denn der Strukturwandel kann nicht aufgehalten werden.»

Die Unsicherheit, wie die Geschäfte in den historischen Zentren der Baseltaler Gemeinden im Zeitalter von Onlineshop-Giganten wie Amazon oder Zalando überleben wollen, gehört zu den grössten Sorgen kommunaler Behörden. Nicht nur in den entlegenen Dörfern, auch in der Agglomeration rund um Basel ist ein Lädelersterben im Gange, gegen dessen Fortschreiten verzweifelt nach Rezepten gesucht wird.

Es geht hierbei nicht alleine um den Verlust von Gewerbebetrieben und Arbeitsplätzen oder den Abbau von Poststellen. Ortskerne bildeten früher «social points», wo sich Einwohner über den Weg liefen, wo sich das kulturelle und gesellschaftliche Leben abspielte. Denselben Zonen droht inzwischen das Abrutschen in die anonyme Bedeutungslosigkeit, dominiert vom traurigen Anblick leer stehender Schaufenster und Beizen mit dem Schild an der Tür: «Bis auf Weiteres geschlossen.»

Den Menschen scheint das Problem bewusst, und doch stehen Wunsch (pulserendes Ortsleben) und eigenes Handeln oft im Widerspruch: Wer besorgt seine Kommissionen noch im Dorf? Ist es nicht vielmehr so, dass die Grosseinkäufe am Wochenende in regionalen Shoppingcentern dies- und jenseits des



**Für den Kunden.** Um genügend Parkplätze zu schaffen, beteiligte sich die Stadt Liestal mit zwei Millionen Franken am Parking des Bücheli-Centers. Foto Nicole Pont

Rheins getätigt werden, in deren Parkings es sich bequem einfahren lässt? Wie attraktiv ist das Bummeln durch die «Shoppingmeile» des eigenen Wohnorts überhaupt noch? Die Zahlen, welche am CVP-Event hierzu präsentiert wurden, waren ernüchternd. So berichtete Regierungsrat und Finanzdirektor Anton Lauber aus seiner Zeit als Gemeindepräsident von Allschwil. «Wir haben einmal eine Studie in Auftrag gegeben, wie lange sich die Menschen durchschnittlich im Allschwiler Ortskern aufhalten. Resultat: Es sind bloss 20 Minuten.»

Aus Laubers Sicht muss es darum gehen, mit diversen Veranstaltungen die Menschen wieder für die Einkaufsmöglichkeiten und Gastroangebote in ihrer nahen Umgebung zu begeistern. Er sprach von Märkten und von Vereinen, die diesbezüglich mit ihren Aktivitäten eine Identifikationsfunktion einnehmen könnten. «Und dann braucht es eben auch jene Infrastruktur, die oft umstritten ist: genügend Parkplätze», so Lauber.

Ein Punkt, der in der nachfolgenden Diskussion häufig ins Feld geführt wurde. «Uns würde es reichen, wenn die Politik das Gewerbe nicht dauernd mit Regulierung behindern würde», warf ein Teilnehmer in die Runde.

Ein andere Stimme meinte: «Einerseits sollen Kernzonen attraktiv gestaltet und auch das Wohnangebot aufgewertet werden, andererseits kommen dann aber die Anwohner, die sich über Lärm beschweren. Der Zielkonflikt ist programmieren.»

## Staat soll sich zurückhalten

Was also tun? Die CVP hat sich lobenswert darum bemüht (nimmt sich die «Wirtschaftspartei» FDP allenfalls ein Beispiel daran?), mit dem Aufbieten einer Vielzahl von Persönlichkeiten aus Detailhandel, Gastronomie und Politik genau diesem entscheidenden Punkt auf den Grund zu gehen. Eine markante Aussage machte Maurus Ebner, Vorstandsdelegierter des Basler Wirtverbandes: «Die Politik ist gefordert, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Das



**Tristes Bild.** Handelsumsätze wandern in rasender Geschwindigkeit ins Internet ab. In Agglogemeinden wie Binningen drohen leere Ladenflächen. Foto Kostas Maros

bedeutet für mich konkret die Aufhebung von Schutzzöllen und Handelshemmnissen sowie einen flexibleren Arbeitsmarkt.» Die Hauptarbeit müsse aber von den Unternehmern geleistet werden. «Der Staat sollte sich grundsätzlich zurückhalten. Momentan herrscht seitens der Politik ein Machbarkeitswahn», sagte Ebner.

Der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott (Grüne), der mit dem Gastro-Experten sowie anderen Referenten auf dem Podium sass, nahm diesen Ball auf: «Keine Angst, der Liestaler Stadtrat will nicht Unternehmer spielen.» Ott wies aber anhand von konkreten Beispielen darauf hin, wie eine Gemeinde ihren Spielraum nutzen könne. «Beim Wasserturmplatz haben wir eine neue Bushaltestelle eingerichtet, um die Leute möglichst nahe ans Stedtl zu bringen. Ausserdem hat Liestal den Bau des Parkhauses Bücheli mit zwei Millionen Franken mitfinanziert, damit im Bücheli-Center genügend Kundenparkplätze zur Verfügung stehen.» Für einen Grünen ein bemerkenswertes Statement.

CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneider – man hätte meinen können, sie habe zur LDP gewechselt – plädierte wie Ebner für liberalere Gesetze. «Die Unternehmer brauchen mehr Spielraum, beim Arbeitsgesetz hinken wir hinterher. Und die Raumplanung in den Ortskernen darf nicht dazu führen, dass sich uns am Schluss museale Ortsbilder präsentieren.» Zudem dürfe der Verkehr nicht verbannt werden, weil ansonsten vereinsamte Gegenden drohten.

Fazit des Abends: eine impulsreiche Debatte über ein drängendes Problem der Gegenwart mit allerlei Lösungsansätzen. Eine Musterlösung gibt es nicht. Jede Gemeinde stellt für sich einen Sonderfall dar. Trotz den gewaltigen technologischen Veränderungen und der brutalen Umsatzabwanderung ins Internet – das lässt sich aus den vielen Voten schlussfolgern – scheint Pessimismus fehl am Platz. Oder um mit dem berühmten Zitat des Schweizer Malers Albert Anker zu schliessen: «Siehe, die Erde ist nicht verdammt.»

## Festnahme nach Verfolgungsjagd

Polizei stellt drei Männer in gestohlenem Auto

Von Christian Horisberger

**Nenzlingen/Metzlerien.** Die Grenzwa- che Basel und Polizeikräfte aus Basel- land und Solothurn haben am Montag- abend bei Metzlerien nach einer Verfol- gungsjagd drei Männer festgenommen, die sich in einem gestohlenen Auto einer Kontrolle entziehen wollten. Gegen die Männer, mutmassliche Ein- brecher, die aus Lateinamerika stam- men dürften, wird ermittelt, teilt die Grenzwa- che mit.

Die Kontrolle durch die Grenzwa- cher fand in Nenzlingen statt. Der Lenker eines schwarzen BMW ignorierte die Haltezeichen eines Beamten und fuhr davon. Eine Patrouille der Solothurner Polizei, die sich in der Nähe befand, nahm mit Sirene und Blaulicht die Ver- folgung auf. Der BMW fuhr weiter nach Laufen, bog dort in Richtung Röschenz ab und fuhr weiter zum Chalpäss.

## Mit Schusswaffen im Anschlag

Bei Metzlerien wurde der Lenker des Fluchtfahrzeugs von einer Grenzwa- chpatrouille mit ausgelegter Fahrba- hnsperre und mit gezogenen Schuss- waffen erwartet. Der Fahrer und die beiden Passagiere wurden von Grenzwa- chern und Polizisten überwältigt.

Laut den bisherigen Abklärungen der Behörden ist das Fluchtfahrzeug vor wenigen Wochen bei einem Ein- bruchdiebstahl in einem Baseltaler Einfamilienhaus gestohlen worden. Der Beifahrer, ein 27-jähriger Chilene, war zur Verhaftung ausgeschrieben. Er wird gemäss der Mitteilung der Grenz- wa- che im Zusammenhang mit Dieb- stahl, Sachbeschädigung und Haus- friedensbruch gesucht. Der Lenker ver- fügte weder über einen Fahrausweis noch einen anderen Ausweis, ebenso der dritte Verhaftete.

## Herber Rückschlag für Kantonsspital

Ohne Pensionskassen-Desaster hätte 2016 ein Gewinn resultiert

Von Joël Hoffmann

**Liestal.** Wäre das Kantonsspital Basel- land (KSBL) ein Patient, es würde auf der Intensivstation liegen, der Exodus drohte, doch die gestern den Medien präsentierte Jahresrechnung 2016 zeigt auch: Es geht langsam bergauf. Trotz Einnahmehinbruch Anfang Jahr erwirtschaftete das KSBL aus dem Betrieb heraus einen Jahresgewinn von 5,2 Millionen Franken. Doch wie beim Kanton zerstört die Pensionskasse die Bemühungen und die ersten positiven Ergebnisse brutal. Wegen Rückstellun- gen für Leistungen der Pensionskasse Baselland in der Höhe 45,7 Millionen Franken schreibt das KSBL letztlich schon wieder einen immensen Verlust von 36,3 Millionen Franken. Das Eigen- kapital schrumpft damit weiter von 91 auf 54 Millionen Franken.

Das Kantonsspital ist sich desaströse Sondereffekte mittlerweile gewohnt: überbewertete Immobilien, Altlasten und nun die Senkung des technischen Zinssatzes bei der Pensionskasse – insgesamt fast 100 Millionen Franken frasen in den letzten Jahren Gewinne und Eigenkapital weg. Kommt ein weiterer Sondereffekt in der Grössenordnung der PK-Rückstellung hinzu, ist das KSBL praktisch pleite.

Dennoch sind Verwaltungsratsprä- sident Werner Widmer und CEO Jürg Aebi zufrieden. Man ist froh, geht es in kleinen Schritten vorwärts. In der Tat ist das KSBL letztlich noch in der Trans- formationsphase von der einstigen Dienststelle des Kantons hin zu einem selbstständigen Unternehmen. Konnte das KSBL früher einfach seine Erfolgs- rechnung – ob mit Defizit oder nicht – beim Kanton deponieren, so muss das KSBL heute selbsttragend sein.

Damit das KSBL aber seine laufen- den Investitionen selber tragen kann, benötigt das Spital einen Betriebser-

trag, respektive eine Ebitda-Marge von zehn Prozent. Davon ist das KSBL mit nur 5,8 Prozent noch immer weit ent- fernt. Das entspricht einer Steigerung von 0,1 Prozent gegenüber dem Vor- jahr. Und diese Verbesserung werten Aebi und Widmer bereits als Erfolg. Vor zwei Jahren betrug die Marge gar nur 4,3 Prozent. Es geht in der Tat aufwärts.

## Bruderholz ist schwer defizitär

Bemerkenswert am Ergebnis ist, dass mit der Schliessung der Frauenkli- nik auf dem Bruderholz 13 Millionen Franken Umsatz wegfielen. Die Klinik wurde aufgegeben, weil sich das KSBL längerfristig die Infrastruktur nicht lei- sten kann. Der Kostendruck bleibt hoch. Aebi und Widmer bestätigten gestern an der Medienkonferenz, dass das KSBL, unabhängig von der Spitalfusion mit dem Unispital Basel, die Transfor- mation der KSBL-Standorte Bruderholz

## «Die Bruderholz-Initiative ist verlogen»

**Liestal.** Abneigung ist wohl die anstän- dige Bezeichnung dessen, was die Ver- antwortlichen des Kantonsspitals Baselland (KSBL) über die Bruder- holz-Initiative denken, über die das Baseltal am 21. Mai abstimmt. Die Initianten wollen verhindern, dass das Bruderholz zur Tagesklinik geschumpft wird und wollen im Gesetz festschreiben, dass das stad- nahe Spital und der Standort Laufen so beibehalten werden wie sie heute sind. Doch insbesondere das Bruderholz sei seit Jahren hoch defizitär und müsse querfinanziert werden, hiess es aus Spitalkreisen stets.

Gestern nannte CEO Jürg Aebi kon- krete Zahlen. Würde also die Initiative angenommen, dann würde das Bruder- holzspital die Rechnung des KSBL jähr- lich um 18 bis 25 Millionen Franken

und Laufen vorantreibt, so wie sie auch bei der Fusion geplant ist: Tagesklinik auf dem Bruderholz und Permanence in Laufen. Alles andere könne man sich schlicht nicht mehr leisten.

Wie schon in den vergangenen Jah- ren weist das KSBL keine Bilanz der ein- zeln Standorte aus – und dies trotz Bruderholzabstimmung (siehe Box). Auf Nachfrage bestätigt CEO Aebi Aussagen von Regierungsrat Thomas Weber, wonach das Bruderholzspital defizitär ist. Das Defizit des Standortes Bruder- holz dürfte wohl um die 18 bis 25 Millio- nen Franken hoch sein, wie Widmer bestätigt. Noch offen sind die branchen- üblichen Tarifstreitigkeiten mit den Krankenkassen. Spitäler und Kassen müssen die Tarife aushandeln. Zum Teil sind Tarife seit 2012 noch ungeklärt – aber das KSBL ist durch Rückstellungen von 20 Millionen Franken für mögliche Rückzahlungen gewappnet.

Das ist eine unglaublich hohe Summe in Anbetracht einer Bilanz- summe von 327 Millionen Franken und einem Eigenkapital von nur 54 Millio- nen. Die Nachfrage, ob dieses Defizit auch aktuell auf den Standort Bruder- holz anwendbar sei, bejahte Verwal- tungsratspräsident Werner Widmer. Dass das KSBL ohne diese Hypothek enorm viel besser dastehen würde, liegt auf der Hand.

Widmer findet auch harte Worte gegen die «Spitalretter»: «Die Initiative ist ver- logen.» Niemand stelle die Existenz des Bruderholzspitals infrage, man wolle aber ein überlebensfähiges Spital und kein Museum. «Die Initiative gefährdet den Standort Bruderholz», sagt Widmer weiter. Bei den Finanzen des KSBL würde ein Ja auch die Existenz KSBL als solches infrage stellen. jh

## Bedrohung nicht erkennbar

Interpellationsantwort zur Rockerkriminalität in der Region

Von Christian Horisberger

**Liestal.** «Eine Bedrohung für die öffent- liche Sicherheit durch die Motor- rad-Clubs ist für den Kanton Baselland zurzeit nicht erkennbar.» Dies ist das Fazit der Regierung zu einer Interpella- tion Klaus Kirchmayrs (Grüne) zur Rockerszene in der Nordwestschweiz. Unruhen in der deutschen beziehungs- weise österreichischen Motorrad-Club- Szene, die Kirchmayr zum Vorstoss bewogen hatten, seien in der Schweiz nicht unbemerkt geblieben.

In den Jahren 2010–2013 habe es im Grossraum Zürich-Aargau Ausein- dersetzung zwischen Clubs gegeben, aber nicht so intensiv wie in Deutsch- land. In der Schweiz wurde laut Regie- rung noch kein Mitglied einer Rocker- oder rockerrähnlichen Gruppierung wegen Beteiligung oder Unterstützung krimineller Organisationen verurteilt.

## «Einschlägig bekannt»

In den beiden Basel, Solothurn und dem Aargau gab es in den letzten fünf Jahren Delikte von Mitgliedern oder Unterstützern von Motorradclubs wegen Betäubungsmitteldelikten oder Körper- verletzung. Strafverfahren im Zusam- menhang mit verfeindeten Motorrad- clubs gab es in dem Zeitraum eines im Kanton Solothurn. Die Szene wird von den Hells Angels dominiert, die auch eine Niederlassung in Baselland haben. Weitere «einschlägig bekannte» Rocker- gruppen mit Sitz im Baseltal sind die Dragons, die Maniacs und die Mojo.

Kirchmayr hatte sich nach der Rockerszene in der Region erkundigt, nachdem der Druck der Behörden auf Clubs in Deutschland verstärkt wurde und diese ins Ausland auswichen. Österreich habe dies gespürt – es kam zu blutigen Auseinandersetzungen.